: Bericht

Workshop für entwicklungspolitische ExpertInnen der Bundesländer 2016

sef:

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei

Flucht und Migration in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer

Michèle Roth

Die Ankunft einer für hiesige Verhältnisse hohen Zahl an Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland ab dem Spätsommer 2015 hat Bundesländer und Kommunen vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerinitiativen haben sie in einem beachtlichen Kraftakt die Unterbringung und Erstversorgung dieser Menschen sichergestellt.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, an deren Umsetzung in Deutschland die Bundesländer einen entscheidenden Anteil haben werden, verweist denn auch auf die besondere Schutzbedürftigkeit von MigrantInnen und Flüchtlingen. Zugleich betont sie den positiven Beitrag, den diese zu nachhaltiger und inklusiver Entwicklung leisten können. Die dafür notwendigen Voraussetzungen reichen weit über die Erstversorgung hinaus. Die Zuständigkeit für wichtige Aspekte wie Sprachförderung, Integration in den Arbeitsmarkt, Schule, Studium und berufliche Bildung liegen in den Bundesländern bei den Innen-, Sozial-, Arbeits-, Bildungs- und Integrationsministerien. Im Sinne der Agenda 2030 stellt sich aber die Frage, wie die Bundesländer auch in ihrer Entwicklungs- und Eine-Welt-Politik der gegenwärtigen Flüchtlingssituation Rechnung tragen können.

sef: Länderworkshop 2016: Marc Baxmann, Minh-Hang Ha (v.l.n.r.)

Dabei ist Aufklärung über Fluchtursachen eine zentrale Aufgabe. Fast alle entwicklungspolitischen Leitlinien in den Bundesländern setzen einen Schwerpunkt auf die Förderung des Globalen Lernens sowie auf den interkulturellen Dialog. Beide Instrumente können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die komplexen Zusammenhänge zu vermitteln, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Sie können auch dazu beitragen, das neue Miteinander gemeinsam zu gestalten und Ängste im gegenseitigen Austausch abzubauen.

Viele Bundesländer setzen darüber hinaus auch in der konkreten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf die Kooperation mit MigrantInnen und Diasporagemeinschaften. Welche neuen Chancen und Herausforderungen ergeben sich hierfür aus der aktuellen Zuwanderung? Und können Länder und Kommunen, etwa im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften, auch einen Beitrag zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten in Herkunftsländern von Flüchtlingen leisten? Mit diesen Fragen befasste sich der Workshop für entwicklungspolitische ExpertInnen der Bundesländer 2016 in Bonn.

Die Friedensdimension der Agenda 2030 und ihre Umsetzung

Der Diskussion über konkrete Maßnahmen in den Bundesländern vorangestellt war ein einleitender Beitrag zur Friedensdimension der Agenda 2030. Denn Kriege und gewaltsame Konflikte sind aktuell der Hauptauslöser für Fluchtbewegungen. Marc Baxmann von der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung – FriEnt erläuterte in seinem Input, dass Friedensförderung einer von fünf übergeordneten Grundsätzen der neuen Agenda sei. Trotz Widerständen sei es darüber hinaus gelungen, mit dem Ziel 16 ein Friedensziel in der Agenda zu verankern. Dies sei vor dem Hintergrund, dass 2030 rund 62% der von extremer Armut betroffenen Menschen in fragilen Staaten leben werden, auch sehr zu begrüßen, so Baxmann. Ziel 16 fordert u.a., alle Formen der Gewalt sowie illegale Finanz- und Waffenströme deutlich zu verringern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz zu gewährleisten. Auch sollen „leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen“ aufgebaut werden. Wichtige Aspekte wie die Verpflichtung zur friedlichen Konfliktbeilegung oder zur Aussöhnung nach gewaltsamen Konflikten fehlten allerdings in der Agenda, kritisierte Baxmann. Auch sei noch unklar, welche Indikatoren gesetzt und wie diese gemessen und bewertet würden. Wichtig für eine erfolgreiche praktische Umsetzung sei es, die negativen Wirkungen des eigenen Handelns auf Konfliktdynamiken in anderen Ländern anzugehen, z.B. mit einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, der Stärkung von Sorgfaltspflichten entlang von Wertschöpfungsketten oder einer nachhaltigen Ernährungs- und Energiepolitik. In der internationalen Zusammenarbeit müssten die besonderen Herausforderungen fragiler Staaten stärker berücksichtigt werden. Externe Akteure sollten sich dabei nicht als „Problemlöser“, sondern als „Begleiter von lokalen Dialogprozessen“ verstehen.

Flüchtlinge als „Chance“ für das Globale Lernen

Eine Kernkompetenz der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesländer ist die politische Bildung. Wie haben Protagonisten und Trägerinstitutionen des Globalen Lernens auf die Debatte um Fluchtursachen reagiert? Welchen Beitrag können sie für ein besseres Verständnis und eine fundiertere Debatte leisten, welche Unterstützung benötigen sie seitens der Länder? Exemplarisch schilderte Susanne Anger als Sprecherin der Kampagne „Gemeinsam für Afrika“, dass die Kampagne nach dem Jahresthema „Menschenrechte“ im Jahr 2015, das bereits gute Anknüpfungspunkte zum Thema Flucht geboten habe, für 2016 das Thema „Frieden“ gewählt habe. Grundsätzlich würden von den Schulen aktuelle Aufhänger und entsprechende Module nachgefragt. Allerdings fehle oft der Platz für Globales Lernen; es werde in Fächer wie Ethik und Religion „abgeschoben“. Dennoch sehe sie im bereits seit vielen Jahren beförderten Globalen Lernen einen Schlüssel für die Empathie gegenüber Flüchtlingen. Offen blieb allerdings, warum gerade die Jüngeren Flüchtlingen gegenüber ablehnender sind als Ältere. Dr. Kambiz Ghawami, Geschäftsführender Vorsitzender des World University Service, präzisierte, dass bei den Jüngeren die Gruppe der Unter-20-Jährigen wieder größeres Engagement zeige, was für einen Erfolg bisheriger Bemühungen spreche.

Für das Globale Lernen sehe er in der aktuellen Flüchtlingssituation eine Chance. Das Thema sei in den Schulen durch die Präsenz von Flüchtlingskindern unmittelbar angekommen. Er forderte, dass die Länder im Unterricht Raum für Globales Lernen als Teil der Umsetzung der Agenda 2030 schaffen und dieses auch finanziell unterstützen müssten. Der Geschäftsführer des Eine Welt Netzes NRW, Udo Schlüter, ergänzte, dass das Thema Flucht genutzt werden sollte, um breit auf globale Zusammenhänge aufmerksam zu machen. Interessierte Flüchtlinge sollten dabei eine Rolle als Akteure und Experten bekommen und nicht nur als Opfer dargestellt werden. Das Kennenlernen von MigrantInnen und Flüchtlingen sei auch wichtig, um die Integrationsbereitschaft der Gesellschaft zu erhöhen. Die Qualifizierung von MigrantInnen als Referenten sei ein weiteres Feld, in dem die Länder unterstützend wirken sollten, ergänzte Anger. Darüber hinaus müsse das Globale Lernen in der Lehreraus- und -fortbildung verankert werden.

Skeptischer beurteilte Dr. Miguel Ruiz Martinez vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen die aktuelle Situation. Gerade in Ostdeutschland seien die Kenntnisse über Entwicklungszusammenarbeit und Eine-Welt-Themen gering; in den Kommunen fehle das Interesse. Migrantenorganisationen leisteten auf kleiner Ebene ihre Arbeit; die Flüchtlinge selbst blieben aufgrund mangelnder Arbeit und verbreitetem Rassismus nicht in der Region. Globales Lernen werde in den Schulen zwar verstärkt angeboten, aber statt in die Familien hineinzuwirken, würden die SchülerInnen den Aussagen von Familien und Freunden mehr Glauben schenken.

Breiter gesellschaftlicher Dialog erforderlich

Wie aber erreichen wir die Menschen jenseits der Schulen? Hier argumentierte Schlüter, dass ein direkter Dialog mit der Gesellschaft über Kampagnen erforderlich sei. Die „Gutwilligen“ sollten gestärkt, der Dialog aber vor allem mit den Andersdenkenden gesucht werden. Ihre Sorgen dürften nicht reflexartig verneint werden. Ghawami regte an, über die Landesrundfunkräte Themenmonate zu initiieren. Dies sei in der Vergangenheit schon erfolgreich praktiziert worden, z.B. zum Thema „Eine Welt für Alle“. Auch Sportveranstaltungen und Sportvereine könnten gute Botschafter sein, so Anger.

Einigkeit herrschte darüber, dass eine inter- bzw. transkulturelle Öffnung der Gesellschaft für gelingende wechselseitige Integration essenziell ist. Aus eigener Erfahrung benannte Minh-Hang Ha vom Netzwerk politik|atelier e.V. in Bonn Patenfamilien als gutes Instrument zum kulturellen Austausch. Angst und Unsicherheit seien die Ursache für Fremdenfeindlichkeit. Dagegen helfe, Situationen zu schaffen, wo die unterschiedlichen Gruppen zusammenkommen und Zwischenmenschlichkeit entstehen kann. Kirsten Witt von der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) machte deutlich, dass Kinder in ihren Familien eine Schlüsselposition für Integration einnehmen. Die Arbeit mit Kindern bereits in den Flüchtlingsheimen sei deshalb essenziell.

Auch die Mehrheitsgesellschaft müsse sich ändern, mahnte Dr. Peyman Javaher-Haghighi von kargah e.V. und Vorstandsmitglied im Bundesverband NeMO – Netzwerke von Migrantenorganisationen. Witt pflichtete ihm bei. Wichtig sei es, Verschiedenheit als Normalität zu betrachten. Kunst sei ein gutes Mittel um darzustellen, dass verschiedene Antworten nebeneinander existierten. Es gebe eine große Nachfrage nach Kultur für und mit Flüchtlingen; ein Allheilmittel sei sie allerdings nicht. Kulturalisierende Diskurse sollten vermieden werden, da es keine in sich geschlossenen Nationalkulturen gebe. Frank Hermann MdL warnte vor einer negativ besetzten „Integrationspflicht“ hierzulande und plädierte stattdessen für eine positiv besetzte Gemeinschaftsbildung wie sie bspw. in Chicago befördert werde. „Parallelgesellschaften“ seien dabei nicht per se als Risiko zu sehen, solange sie sich auf der Grundlage des Grundgesetzes bewegten.

Udo Schlüter, Eberhard Neugebohrn, Susanne Anger und Kambiz Ghawami (v.l.n.r.)

Bessere Koordinierung und Qualifizierung durch Kommunen und Länder

Mit Blick auf den Beitrag von Ländern und Kommunen stand die Forderung nach besserer Koordinierung und Qualifizierung im Vordergrund. Insbesondere auf kommunaler Ebene seien Koordinierungsstellen für die Arbeit mit Flüchtlingen und MigrantInnen erforderlich; auf Länderebene wären Plattformen zum Erfahrungsaustausch der Kommunen untereinander hilfreich. Auch ein internationaler Austausch über Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten und die Auswirkungen auf die Mehrheitsgesellschaft könnte gewinnbringend sein. Qualifizierteres Personal und Mindeststandards für Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit wurden ebenfalls angemahnt. Damit einhergehend plädierte Javaher-Haghighi für eine stärkere interkulturelle Öffnung der Länder- und Kommunalverwaltungen und regte die Schaffung eines Landesministeriums für Teilhabe und Integration an. Bei konkreten Projekten sei es wichtig, dass Flüchtlinge und MigrantInnen in allen Projektphasen partizipierten, von der Konzeption bis zur Auswertung.

Migration als Entwicklungsmotor

Migration leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung, sowohl in den Herkunftsländern (v.a. durch Rücküberweisungen) wie auch in den Aufnahmeländern (Bsp. Silicon Valley), erläuterte PD Dr. Uwe Hunger von der Universität Münster. Entscheidend seien die Chancen, die MigrantInnen in den Aufnahmeländern bekommen würden. Integrationspolitik sei letztlich die beste Entwicklungspolitik. Dieser Zusammenhang werde aber häufig nicht gesehen, u.a. weil dafür unterschiedliche Ministerien zuständig seien. Integration könne nicht gesteuert werden; Aufgabe der Politik sollte es vielmehr sein, Chancen zu ermöglichen und Vernetzung zu befördern. Das sei auch entscheidend dafür, wie Flüchtlinge später am Wiederaufbau ihrer Heimatländer mitwirken könnten. Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen sei dabei wesentlich; der Glaube, dass transnationale Verbindungen Integration behinderten, sei veraltet. Untersuchungen hätten gezeigt, dass diejenigen, die sich entwicklungspolitisch engagieren, zumeist gut integriert seien.

Potenziale von Flüchtlingen und MigrantInnen wahrnehmen und nutzen

Dr. Prasad Reddy, Gründer des Zentrums für soziale Inklusion, Migration und Teilhabe (ZSIMT) und Experte des MiGlobe-Programms der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, plädierte für eine stärkere Anerkennung der Kompetenzen, die Flüchtlinge mitbringen. Flüchtlinge würden gemeinhin als hilflose Opfer betrachtet; entsprechend fühle sich das Bundesamt für Flüchtlinge verantwortlich für alles und interveniere stark in das Leben der Flüchtlinge. Ein Umdenken sei notwendig, um die Fähigkeiten der Flüchtlinge in den Vordergrund zu stellen und sie als „change agents“ zu betrachten. An die Kommunen gerichtet mahnte er, Entwicklungszusammenarbeit müsse stärker vor Ort mit MigrantInnen stattfinden.

Zugleich müsse sie mit Antidiskriminierungsarbeit verbunden werden.

Lucía Muriel, Promotorin zur Stärkung von Migrant/innen in der Berliner Eine Welt-Arbeit bei moveGlobal e.V., betonte ebenfalls, dass auch wir uns als eine in Entwicklung befindliche Gesellschaft begreifen müssten. Auch sie beklagte, dass die Potenziale von Migrantenorganisationen und das Know-how von MigrantInnen bislang nicht wahrgenommen würden; stattdessen würden meist die Defizite im Vordergrund stehen. Wichtig sei es, Schutz und Menschenrechte zu gewährleisten und Teilhabe zu ermöglichen. Entwicklungspolitisches Engagement sei nicht nur bei wohlsituierten MigrantInnen zu finden, es entstehe auch aus prekären Situationen.

Uwe Hunger, Lucía Muriel, Michèle Roth und Prasad Reddy (v.l.n.r.)

Fluchtursachen in Herkunftsländern angehen: Eine Aufgabe für die Bundesländer?

Ergänzend zu den diskutierten Aspekten der entwicklungspolitischen Bildung, des interkulturellen Austausches und der Kooperation mit MigrantInnen und Flüchtlingen in der Entwicklungspolitik engagieren sich einzelne Bundesländer auch direkt in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Dr. Simone Höckele-Häfner, Leiterin des Referats Entwicklungszusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg, berichtete über die neue Kooperation des Landes mit der Provinz Dohuk im Nordirak. Mit 2,5 Mio. EUR für die Jahre 2016/2017 unterstützt das Land in einer ersten Phase in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) den Aufbau von Infrastruktur (z.B. Elektrifizierung) in Verbindung mit beruflicher Bildung. In einer zweiten Phase soll das Hauptaugenmerk darauf liegen, Akteure der Zivilgesellschaft für ein Engagement in der Region zu gewinnen und so längerfristige Kontakte und Kooperationen zu etablieren. Das Land könne dabei nicht auf gewachsene Strukturen aufbauen; ein erfahrener Partner wie die GIZ und eine enge Absprache mit der Bundesebene seien deshalb erforderlich, so Höckele-Häfner. Das Land sehe seine Rolle insbesondere auch als Bindeglied zu den Kommunen und der Zivilgesellschaft. Auch Bayern engagiere sich, um Fluchtursachen anzugehen und die Aufnahmeländer in der Region zu stabilisieren, berichtete Martin Bartenschlager von der Bayerischen Staatskanzlei. 2016 würden dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 2,3 Mio. EUR bereitgestellt. Damit würden Projekte in verschiedenen bestehenden Partnerländern und Regionen gefördert, von der Förderung beruflicher Bildung in Tunesien, über die Förderung mobiler Bäckereien in Syrien bis hin zur Gesundheitsvorsorge in Subsahara-Afrika.

Dr. Andrea Riester, stellv. Leiterin des Sektorvorhabens „Migration und Entwicklung“ bei der GIZ, sah im Erfahrungsaustausch mit Regionen und Kommunen in Entwicklungsländern eine besondere Chance. Die Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen sei nicht nur in Europa eine Herausforderung. Die Diskussion darüber komme in den Entwicklungsländern ebenfalls in Gang. Sie informierte über ein Projekt der GIZ in Marokko zum Aufbau eines Asylsystems und der Etablierung einer Integrationspolitik. Die Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene sei schwierig. Hier könnten ein internationaler Erfahrungsaustausch unter Kommunen, Studienreisen nach Deutschland und die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten. Denn Integration geschehe lokal.

Vor allzu großer Hoffnung auf eine dauerhafte Wirkung aktueller Maßnahmen unter dem Label „Flucht-ursachenbekämpfung“ warnte abschließend Dr. Markus Rudolf vom Bonn International Center for Conversion – BICC. Unter diesem Schlagwort gebe es jetzt plötzlich viele Aktivitäten; die langfristigen Ursachen von Flucht und die vielschichtigen Konfliktlagen würden dabei aber kaum berücksichtigt. Er rief dazu auf, MigrantInnen und Flüchtlinge als eine (von mehreren) Ressourcen für das Verständnis der komplexen Problemlagen zu nutzen und ihren Rat auch dahingehend ernst zu nehmen, unbeabsichtigte negative Folgen durch das eigene Handeln in komplexen Zusammenhängen zu vermeiden.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Larissa Neubauer

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2016